

Heiners sechzehnter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus

Sommersession, 4. – 22. Juni 2007

In der Sommersession konnten National- und Ständerat eine ganze Reihe von Vorlagen zu Ende beraten. Dies zeigt, dass trotz andauernder Wahlkampfstimmung auch seriöse Arbeit geleistet wird. Da ich am 15.5.2007 eine Prostataoperation hatte und Nachwehen weiterhin da sind, war ich zwar bei der Ratsarbeit aktiv dabei, nahm jedoch nur punktuell an übrigen Veranstaltungen teil. Wesentlich war mir das Kerngeschäft. Ich freute mich über viele Besucherinnen und Besucher.

Keine parlamentarische Vorstösse zwischen den Sessionen

Parlamentarische Vorstösse können nur an den Sessionstagen eingereicht werden. Dies wollte Dominique de Buman (CVP/FR) ändern. Namens des Büros des Nationalrates, welchem ich bis Frühjahr 2006 angehörte, beantragte ich am 4.6.2007 Ablehnung. Parlamentsmitglieder haben auch zwischen den Sessionen das Recht, von den Departementen auf direkte Fragen seriöse Antworten zu erhalten. Die Motion wurde vom Nationalrat abgelehnt.

Debatte zur Wiedereinführung von Formel 1-Autorennen

Zusammen mit Ruedi Aeschbacher engagierte ich mich am 5.6.2007 gegen die parlamentarische Initiative von Ulrich Giezendanner, welche Formel 1-Rennen wieder zulassen wollte. „Meine Überzeugung ist, dass wir all das vermeiden müssen, was unnötigen Motorengebrauch hervorruft... Oder haben Sie jemals in den letzten Jahren beim Sorgenbarometer, von welchem Medium auch immer, gelesen, dass die Bürger das bewegt, dass man solche Rennen nicht durchführen kann?“ Leider stimmte die Mehrheit zu. Ich hoffe, dass der Ständerat sich dagegen entscheiden wird.

Finanzhilfen für Sportanlagen von nationaler Bedeutung

Als Mitglied der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) unterstützte ich am 12.6.2007 den Verpflichtungskredit von 14 Millionen Franken. Als NASAK 3 ist es die dritte und letzte Vorlage für solche Sportanlagen. Die FDP, welche sonst aufs Sparen ausgerichtet ist, wollte 20 Millionen Franken bewilligen. Dies stiess in der Kommission und im Rat auf grosses Unverständnis. Auch wer für den tieferen Betrag – welcher deutlich genehmigt wurde – stimmte, nimmt die Sportförderung sehr ernst.

Ja zur Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe

Weil der laufende Rahmenkredit im Sommer 2007 ausgeschöpft sein wird, hatte diese Vorlage besondere Dringlichkeit. Namens unserer Fraktion unterstützte ich als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK) am 13.6.2007 den neuen Rahmenkredit von 1,5 Milliarden Franken für eine Mindestdauer von vier Jahren. „Vor allem die Mitglieder der EVP aus unserer Fraktion haben immer wieder signalisiert - wir werden das auch bei anderen Gelegenheiten tun -, dass wir eine gezielte Erhöhung der Mittel, die wir im ganzen entwicklungspolitischen Bereich einsetzen wollen, unterstützen.“ Bei der Detailberatung wehrte ich mich mit der Mehrheit des Rates gegen einen Minderheitsantrag Christoph Mörgeli (SVP/CH), welcher gegen die Hilfswerke gerichtet war. National- und Ständerat stimmten der Vorlage sehr deutlich zu.

Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS

Nachdem das Volk im November letzten Jahres dem Osthilfegesetz zustimmte, wurden der Bundesbeschluss über den Rahmenkredit und der Bundesbeschluss über den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union behandelt. Wir EVP-Nationalräte engagierten uns am 14.6.2007 mit der Mehrheit der APK und der Mehrheit des Rates dafür, den Betrag so festzulegen, dass die zusätzlichen Mittel für die neuen Länder der EU auf keinen Fall bei der Entwicklungshilfe kompensiert werden. Auf eine Zwischenfrage von Walter

Wobmann (SVP/SO) antwortete ich, dass eine breite Koalition von Parteien vor der Abstimmung über das Gesetz - im Gegensatz zum Bundesrat - immer argumentierte, dass die Osthilfe nicht zulasten der Entwicklungshilfe gehen darf.

Dringliche Debatte zu Interpellationen über die Steuerpolitik (EU und innerschweizerisch)

Namens der EVP-Nationalräte plädierte ich am 20.6.2007 dafür, bei der Beratung von Steuergesetzen auf eine alte Tugend zurückkommen. „Damals ging man davon aus, es gebe eine Asymptote. Was heisst das? Das heisst, man berechnet die Steuertarife so, dass es schliesslich bei den obersten Steuerpflichtigen einen Maximalsatz gibt und sich am Schluss die Kurve diesem Maximum nähert. Die Kurve steigt auch am Schluss noch etwas an; nie bleibt sie gleich oder geht degressiv hinunter. Das ist doch ein altes Prinzip. Nehmen Sie es wieder hervor, berechnen Sie die Steuertarife aufgrund dieses Grundsatzes, dann werden wir wieder einen guten Ausgangspunkt haben, um bessere und vor allem gerechtere Entscheide zu treffen.“ Im gleichen Votum machte ich auf die von mir im Oktober 2005 eingereichte und noch nicht behandelte parlamentarische Initiative für die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit aufmerksam.

Für ein Bundesgesetz über die Landessprachen

Nachdem der Bundesrat auf ein solches Gesetz verzichten wollte, nahm unsere WBK aufgrund einer parlamentarischen Initiative von Christian Levrat (SP/FR) die Sache selbst an die Hand. Erfreulicherweise engagierte sich eine Mehrheit des Nationalrates für dieses Gesetz. Am 21.6.2007 sprach ich mich bei der Eintretensdebatte für dieses Gesetz aus (siehe Votum). In der Detailberatung sprach ich mich dafür aus, dass der Bund mehrere Kompetenzen zur Förderung erhält, ohne dass er dabei schon zu allem verpflichtet wird. Mit der Kommissionmehrheit setzte ich mich dafür ein, dass in der Schule eine Landessprache die erste Fremdsprache sein soll. Den grössten Teil meines Votums ist hinten im Wortlaut zu finden.

Vereinheitlichung der Strafprozessordnung für das ganze Land

Dies war in der Sommersession ein sehr umfangreiches und im Grundsatz unbestrittenes Geschäft. Ruedi Aeschbacher war da als Mitglied der Rechtskommission sehr gefordert. Dank seinem Antrag in der Kommission wurde der Tieranwalt vorgeschlagen. Einem Einzelantrag aus dem Rat gegen diese Neuerung wurde mit einer einzigen Stimme Mehrheit zugestimmt. Mit Ruedi Aeschbacher bedaure ich, dass die beiden Stimmen der EDU gegen diejenigen der EVP Ausschlag für diese Streichung gaben. Vorbereitet mit Ruedi Aeschbacher und fachlicher Unterstützung reichte ich fünf Einzelanträge ein. Zwei davon stimmte der Rat, nachdem sie auch von Bundesrat Christoph Blocher unterstützt wurden, am 20.6.2007 einstimmig zu.

Parlamentarische Vorstösse.

Am 5.3.2007 reichte ich eine *Interpellation* betreffend *Massnahmen für ausstiegswillige Drogenabhängige* ein. Nachdem Pfarrer Ernst Sieber 80 Jahre alt wurde, hielt ich es an der Zeit, den Bundesrat u.a. folgendes zu fragen: Ist der Bundesrat endlich bereit, diese Motion (Schaffung eines Selbsthilfedorfes für ausstiegswillige Drogenabhängige) ernst zu nehmen und geeignete, wirkungsvolle Massnahmen zugunsten von ausstiegswilligen Süchtigen im Sinne des Grundanliegens der Motion zu ergreifen? Die Antwort des Bundesrates vom 16.5.2007, wonach er genügend getan habe, war so enttäuschend, dass ich mich von der Antwort als nicht befriedigt erklärte.

Pascal Bolli entwickelte die Idee des von ihm genannten „eco-tag“. Aus diesem Grunde reichte ich am 23.3.2007 folgendes *Postulat* ein: „Mit dem Ziel, verbraucherorientierte und fahrzeugabhängige Treibstoffpreise zu realisieren und damit Anreize zu setzen für den Kauf und die Benützung von Motorfahrzeugen, die Umwelt und Klima möglichst wenig belasten, wird der Bundesrat eingeladen, den Einbau eines „eco-tag“ in jedem Fahrzeug zu prüfen.“ Der Bundesrat nahm das Postulat am 16.5.2007 zur Prüfung entgegen. Da jedoch zwei SVP-Vertreter Ablehnung beantragten, wird es in einer späteren Session behandelt werden.

Am 22.6.2007 reichte ich eine Anfrage betreffend Christenverfolgung im Irak ein. Mein konkreten Fragen: Wie stellt sich der Bundesrat zur Christenverfolgung im Irak und wie gedenkt er sich zu engagieren? Ist der Bundesrat bereit, bei Asylgesuchen irakischer Christen grosszügig zu handeln?

Die Texte meiner Vorstösse, mit Begründungen und Antworten des Bundesrates, sind u.a. zu lesen unter www.heinerstuder.ch, Politisches, parlamentarische Vorstösse. Auf dieser Website gibt es unter Aktuelles immer wieder neue Informationen über meine Tätigkeit.

Herbstsession, Montag, 17. September – Freitag, 5. Oktober 2007. Besuchende sind sehr willkommen.

Mit herzlichen Grüssen

Heiner

Heiner Studer, Austr. 17, 5430 Wettingen
Tel. 056 426 50 55, www.heinerstuder.ch
heinerstuder@hotmail.com, heiner.studer@parl.ch
Nationalrat: Tel. 031 322 99 11, Fax 031 322 78 04 (während den Sessionen)

Ja zum Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften

Ich habe gehofft, dass bei der Beratung des neuen Sprachengesetzes verschiedene Sprechende sich in einer anderen Landessprache versuchen. Lediglich die Kommissionssprecherinnen taten dies. Ich versucht, in mein Votum namens der aus den EVP-Vertretern bestehenden Mehrheit der EVP/EDU-Fraktion alle vier Landessprachen etwas einzubauen. In der Debatte vom 21.6.2007 begründete zuerst Markus Wäfler, weshalb die EDU-Nationalräte nicht eintreten. Direkt anschliessend kam mein folgendes Votum:

„Ich bringe die gegenteilige Position zum Ausdruck, zuerst mit einem ganz herzlichen ‚Bun di‘ an unsere Ratspräsidentin und einem etwas zurückhaltenderen ‚Bun di‘ an unseren Herrn Bundesrat. Letzteres wäre ebenso herzlich wie jenes an die Ratspräsidentin, wenn er und der Bundesrat als Ganzes sich nicht einfach verweigert hätten. Nun hoffe ich trotzdem, dass Bundesrat Couchepin nicht einfach weiter in der Totalopposition verharren wird, sondern doch ein paar Schritte macht; als Vertreter einer Minderheit wäre es ja naheliegend. Ich habe im Italienischunterricht, der nicht allzu lange dauerte, erlebt, dass man auf Italienisch oder Französisch das Gleiche, was man auf Deutsch so trocken sagt, mit viel mehr Emotion sagen kann. Deshalb möchte ich namens der drei EVP-Vertreter die Zustimmung zum Eintreten und zu diesem Gesetz in einem italienischen Satz wie folgt geben: ‚I rappresentanti del Partito evangelico popolare salutano con entusiasmo questa legge sulle lingue nazionali e sulla comprensione tra le comunità linguistiche.‘ Und ich möchte gerne Folgendes auf Französisch ergänzen: ‚J’ai avancé l’idée que chacune et chacun qui s’exprime dans cette salle le fasse dans une autre langue nationale que sa langue maternelle. Ce serait très intéressant si chacune et chacun essayait, avec l’aide de collègues qui parlent une autre langue, de dire quelque chose dans une langue qui n’est pas la sienne.‘ Aber weil ja der Nichteintretensantrag auch von Herrn Füglistaller kommt, der ein Mit-Aargauer ist, muss ich es ihm auf Deutsch sagen; sonst würde er zwar vermuten, was ich ihm sagen will, aber er versteht es besser auf Deutsch, weil wir so miteinander Debattieren. Sie, Herr Füglistaller, haben gesagt, es sei ein ‚unnötiges Gesetz‘, und wir seien nicht glaubwürdig, wenn wir dem Gesetz zustimmen würden. Was die Glaubwürdigkeit betrifft, ist es immer so eine Sache: Es ist immer einfach, den anderen Unglaubwürdigkeit zu unterstellen. Nun weiss ich von Ihnen, dass sie gegen jedes mögliche und unmögliche Gesetz kämpfen; wenn es unmögliche sind, dann bin ich einverstanden, aber Sie kämpfen auch gegen gute Gesetze. Für mich ist mit den Jahren der Eindruck entstanden, das sei eine neue Ideologie des prinzipiellen Neins, nur weil es ein Gesetz ist. Wir müssen uns hier nun fragen: Bringt dieses Gesetz konkrete Schritte zugunsten dieses Anliegens, die notwendig sind oder nicht? Wir, die Vertreter der EVP in diesem Rat, sind überzeugt, dass dieses Gesetz in der Formulierung der Mehrheit ein gutes und nötiges Gesetz ist.“

Warum zuerst eine Landessprache

„Für mich war Englisch während der ganzen Zeit, als ich in der Schule diese Sprache lernen durfte, mein Lieblingssach. Ich muss auch sagen, es fällt mir leichter, einen Vortrag auf Englisch zu halten und auch auf Englisch zu predigen – ich habe das in Indien mehrfach getan – als auf Französisch. Trotzdem, obwohl ich eine emotionale Beziehung habe zum Englischen, finde ich und findet unsere Fraktion, dass es sachlich richtig ist, dass wir das tun, was die Kommissionmehrheit will. Eine Basis dieser Vorlage ist neben der parlamentarischen Initiative auch ein Postulat Zwygart, EVP, das von diesem Rat überwiesen wurde und will, dass die erste Fremdsprache in der Schule eine Landessprache ist. Das hat dieser Rat mit der Überweisung kundgetan, und in der Botschaft ist das miteinbezogen. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass das für unser vielsprachiges Land richtig ist.

Man kann nun einwenden, die EDK (Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) hätte eine Lösung gebracht. Die EDK hat überhaupt keine Lösung gebracht – sie hat nur die durch einige Kantone geschaffenen Realitäten abgesegnet. Sie hat nichts Gestaltendes getan. Da komme ich als Aargauer besonders auf diesem Thema zu sprechen: Der damalige Bildungsdirektor von Zürich hat – mit sehr wenig Verständnis für demokratische Abläufe – das Englische durchgedrückt. Deshalb verstehe ich auch, dass bei

der Minderheit der Kommission Zürcherinnen und Zürcher verschiedener Fraktionen sind. Das hat eine solch dominante Wirkung, dass dann eben nicht die Zürcher jetzt klagen müssen, was geschehen könnte, wenn sie zurückbuchstabieren müssten. Was haben sie im ganzen Umfeld ausgelöst? Für die französisch- und die italienischsprachige Schweiz, unsere Minderheit, ist es klar: Es ist eine Landessprache, die die zweite Sprache ist. Von daher ist es richtig, dass wir das im Rahmen dieses Gesetzes diskutieren.

Nun müssen wir uns natürlich schon fragen, was dann rechtlich gültig ist, wenn wir entscheiden. Da stimmt es natürlich nicht, mein lieber Hans Widmer, dass dieses Gesetz, wenn wir es genehmigen, über dem anderen Recht steht. Denn die Verfassung gibt den Kantonen und der EDK mehr Rückendeckung als uns, das müssen wir hier offen sagen. Deshalb haben wir ja im Gesetz auch nur formuliert, dass Bund und Kantone sich dafür einsetzen. Also wenn dieses Gesetz so angenommen wird, dann ist es die Sache unserer Bildungsdirektoren ... sich dafür zu engagieren. Aber wir können nicht garantieren, dass dann der Vollzug dieses Gesetzes etwas anderes bringt. Aber es ist wichtig, dass wir als Nationalrat, der in dieser Frage bis jetzt jedes Mal zum Ausdruck gebracht hat, dass es zuerst einmal immer um eine andere Landessprache geht, in dieser Beratung als Erstrat dabei bleiben. Sollte dann der Ständerat, der näher bei den Kantonen ist, anders entscheiden, dürften wir aus der Frage keinen Schicksalsartikel machen...“

Mit der Aussenpolitischen Kommission in Russland

Vom 2. – 6. 7.2007 konnte ich in einer siebenköpfigen Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates nach Russland reisen. In Moskau und in St. Petersburg hatten wir viele Gespräche und Begegnungen, so mit dem Vize-Aussenminister, Vladimir Titov und dem Präsidenten der Aussenpolitischen Kommission der Duma (Parlament). Es gab auch Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Das volle Programm wurde unter der Leitung unseres Botschafters in Russland, Erwin Hofer (mit ihm besuchte ich in Aarau die Kantonsschule bis zur Maturität) mustergültig vorbereitet und durchgeführt. Es zeigte sich, dass wir zu wenig über das heutige Russland mit seinen Facetten wissen. Es wird in der Auswertung zu beraten sein, welche Schwergewichte weiter zu verfolgen sind. Dass wir uns auch Zeit für den Besuch des Kreml und der eindrucklichen Stadt St. Petersburg nahmen, ist naheliegend.